



City Research Online

City, University of London Institutional Repository

Citation: Voessing, K. (2013). Sozialdemokratie und Europäische Integration. Sozialistische Politik und Wirtschaft(199), pp. 31-37.

This is the published version of the paper.

This version of the publication may differ from the final published version.

Permanent repository link: <https://openaccess.city.ac.uk/id/eprint/21865/>

Link to published version:

Copyright: City Research Online aims to make research outputs of City, University of London available to a wider audience. Copyright and Moral Rights remain with the author(s) and/or copyright holders. URLs from City Research Online may be freely distributed and linked to.

Reuse: Copies of full items can be used for personal research or study, educational, or not-for-profit purposes without prior permission or charge. Provided that the authors, title and full bibliographic details are credited, a hyperlink and/or URL is given for the original metadata page and the content is not changed in any way.

Sozialdemokratie und Europäische Integration

von Konstantin Vössing

Die vorherrschende Antwort auf die Eurokrise in der deutschen politischen Landschaft ist einfach: wenn alle Euroländer die gleichen strukturellen Reformen am Arbeitsmarkt und an den sozialen Sicherungssystemen durchführen wie die Deutschen, dann wird der Euro gerettet und Europa steht vor dem Beginn einer neuen Ära wirtschaftlicher Prosperität. Bei unsicherem Erfolg dieser Politik ist der Preis enorm: anhaltende Rezession, Massenarbeitslosigkeit, ein zunehmendes Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Einschnitte in den sozialen Dialog prägen das Bild in den von der Krise am meisten betroffenen Staaten.

Solidarität mit den Krisenverlierern wird in diesem Zusammenhang quer durch alle politischen Lager in erster Linie als eine zwischenstaatliche Angelegenheit definiert. Die Diskussion dreht sich um die Frage, wie umfassend europäische Integration noch sein soll und wie viele Ressourcen von den wirtschaftsstarken Ländern durch Finanzgarantien oder Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union (EU) aufgebracht werden sollen, um die Kollateralschäden der Krise abzufedern.

Dieser Beitrag betrachtet die Auseinandersetzung zur europäischen Integration aus sozialdemokratischer Sicht. Ich beschreibe zunächst die Struktur des europapolitischen Parteienwettbewerbs und das aktuelle strategische Dilemma der Sozialdemokratie. Auf der Grundlage rege ich eine sozialdemokratische Leitidee als Alternative zum dominanten Diskurs an, und diskutiere zum Schluss die Chancen und Einschränkungen bei der Umsetzung einer veränderten sozialdemokratischen Herangehensweise.

Parteiendiskurs zur europäischen Integration

Im westeuropäischen Mitte-Rechts Spektrum war die gängige Vorstellung von Integration als Errichtung eines europäischen Wirtschaftsraums unter Beibehaltung nationaler Souveränität bislang so erfolgreich, weil sie einen Kompromiss von marktliberalen und konservativ-nationalen Tendenzen ermöglicht hat. Dieser Kompromiss ist gefährdet, je stärker Integration politische Kernkompetenzen der Nationalstaaten aufweicht oder als Bedrohung für nationale ökonomische Prosperität wahrgenommen wird. Die Verschiebung der Wählerunterstützung von Mitte-Rechts Parteien hin zur nationalpopulistischen und national-liberalen Rechten in fast allen Ländern des reicheren europäischen Nordens ist ein Indiz für diese Entwicklung.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist im Zuge der Eurokrise in einer strategisch günstigen Lage, um eine national-liberale Agenda zu verfolgen. Die AfD, ähnlich wie die UK Independence Party (UKIP) oder die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders, kann europäische Integration mit Verweis auf die Umverteilung von Steuergeldern in den Süden Europas ablehnen, ohne auf die Betonung von Prosperität durch marktliberale Wirtschaftspolitik verzichten zu müssen. Im Gegensatz zu UKIP und AfD sind andere rechte Parteien deutlich marktkritischer, insbesondere die „Wahren Finnen“ und die französische Front National. Die Ablehnung europäischer Integration als Gefahr für ökonomische Prosperität eint beide Ansätze. Der Kern der Euroskepsis bei allen Vertretern der neuen Rechten ist aber die Betonung der Gefahren europäischer Integration für die Identität und den Zusammenhalt nationaler Gemeinschaften. Im Zusammenhang mit den sozialen und ökonomischen Verwerfungen

der Eurokrise wird dieses Argument attraktiver, sowohl bei den relativen Gewinnern als auch bei den Verlierern der Krise.

Die deutschen Christdemokraten und die britischen Konservativen verfolgen unterschiedliche Strategien in der Neujustierung ihrer Europapolitik, um die Fragmentierung der rechten Hälfte des Parteienspektrums zu verhindern. In Großbritannien geschieht dies durch Forderungen nach dem Rückzug aus zwischenstaatlicher Solidarität und nach der Umkehrung europäischer Integration. Im deutschen Fall betonen die Christdemokraten die Grenzen zwischenstaatlicher Solidarität, verfolgen aber durch Bankenunion und Fiskalpakt eine Politik der Ausweitung von Integration. Deutschland bleibt aber eine Ausnahme. In den anderen Ländern Westeuropas wird deutlich, dass sowohl nationalpopulistische und national-liberale als auch Mitte-Rechts Parteien mittlerweile mindestens zwei Argumente gegen europäische Integration in Kombination miteinander vertreten können: Integration als Wohlstandsgefährdung und als Bedrohung nationaler Identität. Bei der Frage, ob Europa wirtschaftspolitisch zu liberal oder zu wenig liberal ist, gibt es abweichende nationalpopulistische und national-liberale Orientierungen. Beide Haltungen können jedoch mittlerweile auf konsistente Art und Weise dem Basismenü der Europakritik hinzugefügt werden.

West- und osteuropäische Linkspopulisten begründen ablehnende oder skeptische Positionen zum europäischen Projekt traditionell mit der Erosion von nationalstaatlich organisierten Wohlfahrtsstaaten als Folge der europäischen Integration. Durch die Eurokrise und die fehlende zwischenstaatliche Solidarität in den reichen Ländern sehen die Parteien links von der Sozialdemokratie solche Vorbehalte bestätigt. Als Reaktion auf die Krise fordern Linkspopulisten – inhaltlich widersprüchlich und defensiv aber elektoral zumindest teilweise populär – ein deutliches

Mehr an bedingungsloser zwischenstaatlicher Solidarität und gleichzeitig einen Rückzug von Marktintegration, um das Überleben national organisierter Wohlfahrtsstaaten zu ermöglichen.

Eine sozialdemokratische Leitidee zu Europa

Sozialdemokratische Parteien haben traditionell integrationsfreundliche Positionen vertreten. Kritische Haltungen, begründet durch die Betonung nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit, gibt es insbesondere in den nordischen Sozialdemokratien. Flankiert von einer allgemeinen kulturellen Europhilie orientiert sich die dominante sozialdemokratische Position zu Europa an dem Spannungsfeld zwischen mehr und weniger Integration, das in der Krisendiskussion vor allem ein Spannungsfeld zwischen mehr und weniger zwischenstaatlicher Solidarität geworden ist. Sozialdemokraten sowohl im wirtschaftsstarken Norden als auch in den Krisenländern kritisieren den Rückzug von zwischenstaatlicher Solidarität und verlangen mehr finanzielle Anstrengungen von Ländern aus der relativen europäischen Prosperitätszone. Gleichzeitig grenzen sich Sozialdemokraten von ihren linkspopulistischen Konkurrenten ab, indem sie die Grenzen zwischenstaatlicher Solidarität stärker betonen und strukturelle Reformen in den Krisenländern fordern. Der Kern der sozialdemokratischen Strategie ist allerdings der Versuch, mit dieser Position möglichst wenig aufzufallen und europapolitische Auseinandersetzungen aus der elektoralen Arena herauszuhalten.

Eine Fortsetzung dieser Strategie ist für die Sozialdemokratie aus zwei Gründen problematisch. Erstens: Ein Ausblenden des Europathemas wird immer weniger praktikabel – wegen des enormen Problemdrucks und wegen der wachsenden elektoralen Konkurrenz links und rechts, die von der Politisierung der europäischen Integration lebt. Zweitens: Aus der Orientierung sozialdemokratischer

Positionen an der zurzeit dominanten Struktur des Parteienwettbewerbs zum Thema Europa entsteht sozialdemokratischen Parteien ein strategischer Nachteil. Linkspopulisten und Parteien rechts der Mitte können im Gegensatz zur Sozialdemokratie glaubhaft und mit geringen Einschränkungen für die interne Konsistenz ihrer Programmatik eine schlagkräftige Position für mehr oder weniger Integration durch mehr oder weniger zwischenstaatliche Solidarität vertreten.

Das besondere strategische Dilemma der Sozialdemokraten ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen sozialdemokratischen Politikzielen und der Architektur der politischen Auseinandersetzung zur europäischen Integration. In der klassischen sozialpolitischen Auseinandersetzung betonen sozialdemokratische Parteien die Bedeutung nationalstaatlicher Formen von Solidarität. Ihre Unterstützung für europäische Integration hat allerdings einen Integrationsprozess befördert, der eine ausschließliche nationale Wohlfahrtsstaatlichkeit unmöglich gemacht aber gleichzeitig keine europäische Ersatzlösung etabliert hat. Zwischenstaatliche Formen der Solidarität sind weder besonders populär, noch tragen sie zur Verwirklichung sozialdemokratischer Politikziele bei. Sozialdemokratische Positionen, die sich zu sehr an der Logik des Gegensatzes zwischen mehr und weniger Integration orientieren, können deswegen nie genauso glaubwürdig und konsistent sein wie die programmatischen Aussagen der Konkurrenz.

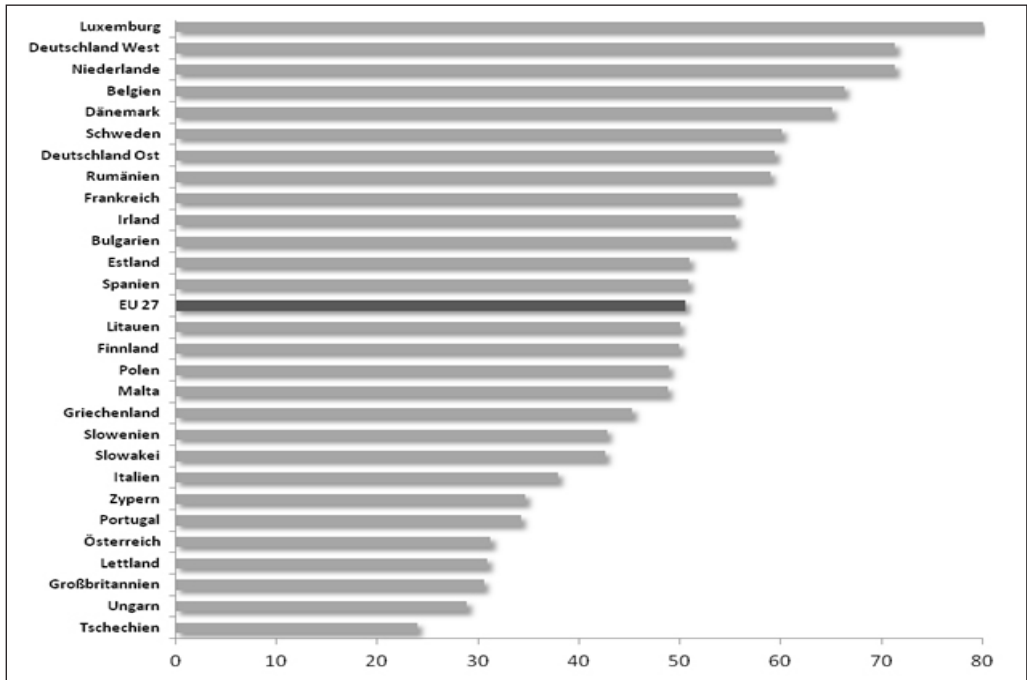
Eine sozialdemokratische Leitidee zu Europa sollte sich deswegen von der Fokussierung auf den Umfang von Integration befreien. Dazu müssen sich Sozialdemokraten von einem Verständnis der Solidarität als zwischenstaatlicher Ausgleich absetzen. Konkrete sozialdemokratische Lösungen für wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in Europa können vor allem dann überzeugend sein und dabei helfen, sozialdemokra-

tische Grundwerte zu verwirklichen, wenn sie sich an der Vorstellung von Solidarität als Ausgleich zwischen Menschen und sozialen Gruppen in Europa orientieren. Diese sozialdemokratische Leitidee zur europäischen Integration, die Solidarität in erster Linie zwischenmenschlich und nicht zwischenstaatlich definiert, basiert auf einer bestimmten Vorstellung über die Richtung, nicht den Umfang, von Integration. Sozialdemokraten sollten nicht primär für mehr oder weniger Einfluss der europäischen Institutionen einstehen, sondern für ein anderes Europa. Viel wichtiger als das Festhalten an bestimmten stark institutionalisierten Formen der Integration ist für den Erfolg einer neuen sozialdemokratischen Leitidee die Etablierung eines europäischen politischen Raums, in dem über nationalstaatliche Grenzen hinweg politische Auseinandersetzungen stattfinden, und in dem sich ein bürgerschaftliches Verständnis von zwischenmenschlicher Solidarität etabliert.

Chancen und Hürden

Sozialdemokratische Parteien in Europa müssen sich bei der Positionierung zu Europa mit extrem unterschiedlichen Integrationspräferenzen in ihren Ländern auseinandersetzen (**Diagramm 1**). Dies begünstigt eine diskursive Strategie, die eine neue Leitidee auf der Basis sozialdemokratischer Inhalte in den Vordergrund stellt und sich von strikten Festlegungen auf ein Mehr oder Weniger an Integration verabschiedet. Allerdings behindert dies gleichzeitig die Schaffung eines europäischen politischen Raums, in dem Präferenzen tendenziell losgelöst von nationaler Zugehörigkeit determiniert werden. Eine sozialdemokratische Leitidee, die auf einem zwischenmenschlichen Verständnis von Solidarität beruht, braucht aber einen echten europäischen Diskurs und die Entwicklung von inner-europäischen Formen der Vergemeinschaftung. Davon sind die Mitgliedsländer der EU noch weit entfernt.

Diagramm 1: Zustimmung zur europäischen Integration, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt den prozentualen Anteil der Befragten, die der Aussage „die EU Mitgliedschaft meines Landes ist eine gute Sache“ zustimmen (Eurobarometer Juni 2012).

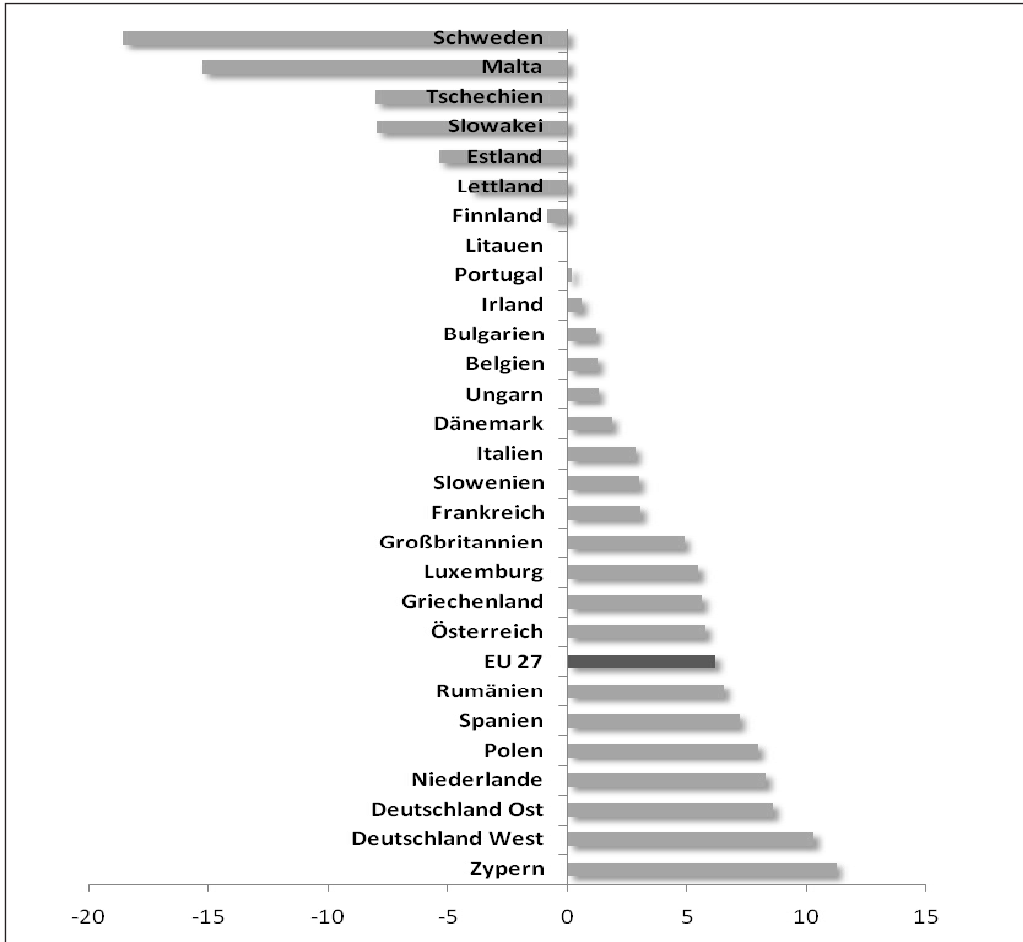
Die Verteilung der öffentlichen Meinung zu Europa unter Befragten mit unterschiedlichen Politikpräferenzen (**Diagramm 2**) belegt auch auf der Nachfrageseite, dass eine euroskeptische Alternative zur Leitidee eines zwischenmenschlich solidarischen Europas mit einer Rückorientierung zu nationalstaatlichen Formen der Solidarität für die Sozialdemokratie wenig attraktiv ist. Die Stammklientel sozialdemokratischer Parteien ist im europäischen Durchschnitt und in fast allen Ländern der EU deutlich integrationsfreundlicher als der Rest der Bevölkerung. Nur in sieben von 27 Mitgliedsländern sind potenzielle sozialdemokratische Wähler eurokritischer als die Befragten auf der extremen Linken und auf der rechten Hälfte des politischen Spektrums.

Für die europäischen Bürger hat die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells

derzeit eine eher geringe Priorität. Nur 14 Prozent der Europäer halten dieses für eines der drei wichtigsten Ziele europäischer Politik (**Diagramm 3**). In keinem der EU Mitgliedsländer sind es mehr als 30 Prozent, und die Vielfalt der Länder mit den geringsten Werten unter 10 Prozent zeigt, dass dieses Ergebnis das Resultat hochgradig unterschiedlicher politischer Konstellationen sein kann. Den potenziellen Wählern sozialdemokratischer Parteien ist das Projekt eines europäischen Sozialmodells nur geringfügig wichtiger als dem Rest der Bevölkerung – sowohl im europäischen Durchschnitt als auch in den meisten EU Mitgliedsländern (**Diagramm 4**).

Bei allen Einschränkungen, die sich aus der Betrachtung der öffentlichen Meinung für die Attraktivität einer veränderten sozialdemokratischen Strategie ergeben, sollten Sozialdemokraten eins nicht vergessen: Par-

Diagramm 2: Zustimmung zur europäischen Integration – das sozialdemokratische Wählerspektrum im Vergleich zum Rest der Bevölkerung, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt in Prozentpunkten die Abweichung des sozialdemokratischen Wählerspektrums (2 bis 5 auf einer Links-Rechts Skala von 1 bis 10) vom Rest der Bevölkerung im Hinblick auf die Zustimmung zur Aussage „die EU Mitgliedschaft meines Landes ist eine gute Sache“ (Eurobarometer Juni 2012).

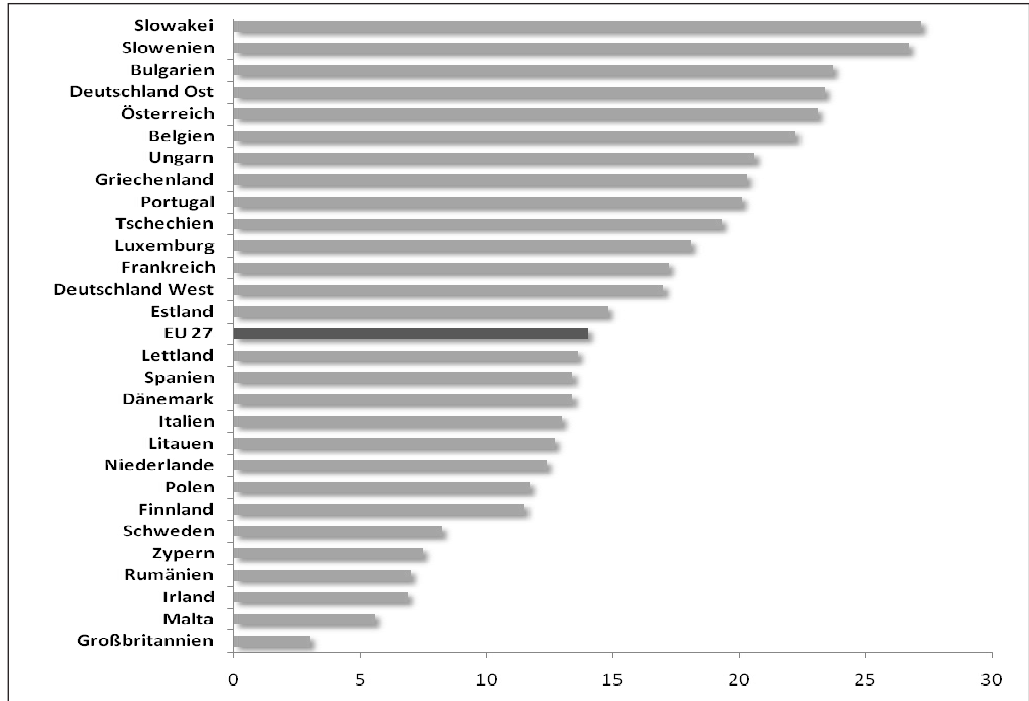
teien sind nicht gefangen in der Struktur von Parteienkonkurrenz und der Verteilung von Wählerpräferenzen. Gerade bei einem extrem beweglichen und weniger tief verankerten Thema wie der europäischen Integration haben Parteien die Fähigkeit, dominante Diskurse zu verändern. Der politische Mut, dies anzugehen, sollte gerade dann stark ausgeprägt sein, wenn die strategischen Alternativen zu dieser Vorgehensweise (weiter wie

bisher oder zurück zum klassischen Nationalstaatsmodell) noch weniger attraktiv sind.

Erstens: Parteien können die Architektur des politischen Konflikts verändern. Öffentliche Meinung ergibt sich aus der Bezugnahme auf die inhaltlichen Angebote im Diskurs der Parteien und anderer Meinungsmacher. Es ist deswegen nicht besonders überraschend, dass die Durchsetzung eines europäischen Sozi-

Diagramm 3:

Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells als politische Priorität, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt den prozentualen Anteil der Befragten, die die Schaffung eines europäischen Sozialmodells als eine der drei wichtigsten Prioritäten des Europäischen Parlaments betrachten (Eurobarometer Juni 2012).

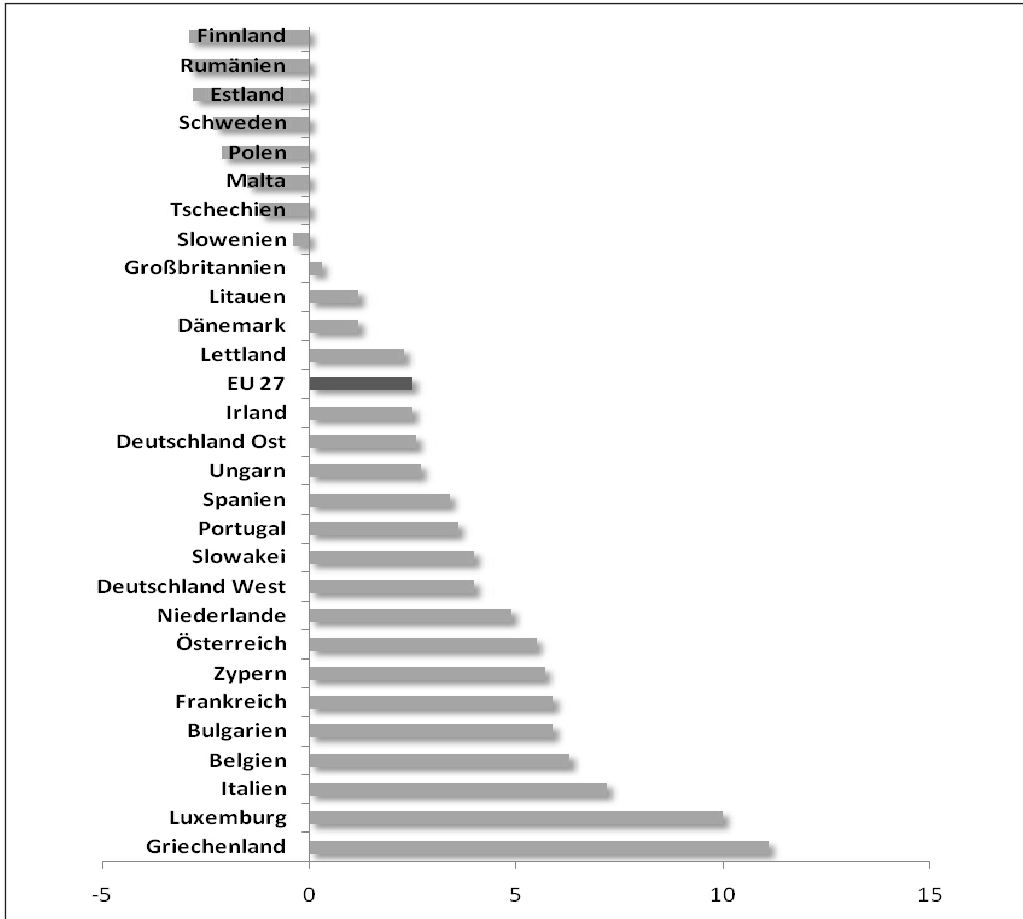
almodells sowohl für die europäischen Bürger (**Diagramm 3**) als auch für den sozialdemokratischen Wählerstamm (**Diagramm 4**) nur geringe Priorität hat. Diese Beobachtung belegt nicht, dass die Europäer ein solches Projekt ablehnen. Sie zeigt nur, dass es den Sozialdemokraten mit ihrer strategischen Konzentration auf zwischenstaatliche Solidarität und die Entpolitisierung des Europa-Themas nicht gelungen ist, die Idee eines europäischen Sozialmodells als Bezugspunkt für die öffentliche Meinung zu etablieren.

Zweitens: Parteien können Präferenzen verändern. Meine eigene Forschung zu diesem Thema untersucht mit experimentellen Methoden die Möglichkeiten, durch unterschiedliche Formen politischer Rhetorik zu überzeugen und Meinungswandel

herbeizuführen. Eine wichtige Erkenntnis dieser Studien ist zum jetzigen Zeitpunkt, dass Parteien und Experten in der Lage sind, Präferenzen zur europäischen Integration signifikant zu verändern. Die Grenzen solcher Anpassungsprozesse ergeben sich aus unterschiedlich stark ausgeprägten Gefühlen nationaler Zugehörigkeit und aus utilitaristischen Berechnungen über die persönlichen Vorteile der europäischen Integration. Dies sind im Gegensatz zu flüchtigeren politischen Präferenzen relativ stark verankerte Dispositionen, mit denen sich ein sozialdemokratisches Leitbild zu Europa intensiv auseinandersetzen muss.

Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass die Zustimmung zu bestimmten europapolitischen Maßnahmen stark von der Art der

Diagramm 4: Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells als politische Priorität – das sozialdemokratische Wählerspektrum im Vergleich zum Rest der Bevölkerung, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt in Prozentpunkten die Abweichung des sozialdemokratischen Wählerspektrums (2 bis 10 auf einer Links-Rechts Skala von 1 bis 10) vom Rest der Bevölkerung im Hinblick auf die Einschätzung, dass die Schaffung eines europäischen Sozialmodells eine der drei wichtigsten Prioritäten des Europäischen Parlaments ist (Eurobarometer Juni 2012).

Erklärung abhängt, die Parteien zur Begründung ihrer Position verwenden. Grundsätzlich folgen Wähler nicht blind ihrer bevorzugten Partei. Sie reagieren sensibel auf die Plausibilität der Begründungen, die von Parteien vorgebracht werden. Dies bedeutet, dass Sozialdemokraten, wenn die Qualität und Plausibilität ihrer Erklärungen hoch ist, auch erfolgreich für ihre Ideen über eine neue Richtung der europäischen Integration werben können. Während der Kommissionspräsidentschaft von

Jacques Delors (1985-1994) ist dies schon einmal gelungen. Das „Europa der Bürger“ und die „soziale Dimension“ Europas haben sich in diesem Zeitraum als wichtige Anknüpfungspunkte für ein neues sozialdemokratisches Leitbild zur europäischen Integration durchgesetzt. ■

☞ Konstantin Vössing ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Politikwissenschaft an der Humboldt Universität Berlin. Von September 2013 bis August 2014 lebt und arbeitet er in Cambridge, MA (USA), als John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies, Harvard University.